

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/109

Schuld kult und einseitige Erinnerungskultur, Teil 2

BdV-Präsident Dr. Czaja berichtete am 29. August 1971 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/237-242): >>... Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus. Die Anerkennung Ostpreußens, Westpreußens, und von Teilen der Mark Brandenburg, Pommern, Schlesiens und Oberschlesien als Ausland, die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstaten nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!

Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. ...

Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...

Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...

... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...

Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<

BdV-Präsident Dr. Czaja verurteilte am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-261): >>Auch einem besiegten Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...

Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.

... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...

Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken: ...

die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;

die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abgestempelt wird ...

Wir brauchen wieder Regierungen, die die Menschenrechte, die Freiheit und die grundgesetzliche Ordnung mit Entschiedenheit gegenüber Verbündeten und Gegnern vertreten. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja kritisierte am 11. September 1972 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" die Ratifizierung der "Ostverträge" wie folgt (x155/280-283): >>... Ungerechte Verträge sind nicht der Schluß der Geschichte ...

Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertreibungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...

Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen.

Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte. ...

Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten.

Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht, und der Ostblock hat auch keine moralische Legitimation, ihn zu fordern. ...<<

Ministerpräsident Jaroszewicz berichtete im Jahre 1972 über das polnische Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland (x148/158-159): >>Weitere Festlegungen im Prozeß der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen werden schrittweise vorgenommen werden ...

Ganz und gar im Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Vertrages steht auch die bisherige Tätigkeit der revisionistischen Organisationen, der sog. Landsmannschaften, zumal sie von Regierungsinstitutionen finanziert werden.

Eine wichtige Frage für die Gegenwart, aber noch mehr für die Zukunft ist die Beseitigung von Informationen aus den Schulbüchern der Deutschen Bundesrepublik, die die Geschichte Polens und das heutige Gesicht des Landes entstellen. Diese Schulbücher pflegen - in vielen Fällen - nationalistische und revisionistische Traditionen. Ein positives Element ist die Tatsache, daß eine eigens dazu einberufene Gruppe polnischer und westdeutscher Fachleute, die unter der Schirmherrschaft der nationalen Komitees der UNESCO arbeitet, bereits mit entsprechenden Arbeiten begonnen hat. ...

Ein weiteres Problem, das der Regelung bedarf, ist die Frage der Entschädigung, insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Einkerkierung in den hitlerischen Konzentrationslagern. Wir sind der Ansicht, daß eine elementare Entschädigung für die vom Hitlerismus verübten Verbrechen und das von ihm begangene Unrecht eine moralische Pflicht der Deutschen Bundesrepublik ist.

Ein geschicktes Vorgehen von unserer Seite werden die kulturelle Zusammenarbeit und die Entwicklung von persönlichen Kontakten erfordern. ... Dies erlegt allen zuständigen Institutionen die wichtige Verpflichtung auf, die Kontakte sorgsam auszuwählen und die Richtungen der künftigen kulturellen Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesrepublik zu bestimmen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der deutschen Bundesregierung (x025/200): >>...

Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und

der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Am 27. April 1972 beantragte die CDU/CSU - Kanzlerkandidat: Rainer Barzel - erstmals im deutschen Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum, um Bundeskanzler Willy Brandt - SPD zu stürzen. Das konstruktive Mißtrauensvotum scheiterte jedoch, weil der CDU/CSU- Opposition 2 Stimmen fehlten.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später am 3. August 2006 über das gescheiterte konstruktive Mißtrauensvotum: >>... **Wie die Stasi Brandt vor Barzel rettete**

Nie hatte die Stasi so viel Einfluß auf die bundesdeutsche Politik wie am 27. April 1972. An diesem Donnerstag erlebt der Bundestag in Bonn eine Premiere: Erstmals soll ein amtierender Bundeskanzler gestürzt werden: Willy Brandt hat, so scheint es, seine knappe Mehrheit verloren, und CDU-Chef Rainer Barzel will sich mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum zu seinem Nachfolger wählen lassen. ...

Heute steht fest: Das Ministerium für Staatssicherheit hatte bei dieser Abstimmung seine Hände im Spiel. Zwei CDU-Abgeordnete waren mit Geld aus Ost-Berlin bestochen worden, gegen ihren Vorsitzenden zu stimmen. Julius Steiner aus Baden-Württemberg bezichtigte sich bereits 1973 selbst, seine Stimme für 50.000 Mark verkauft zu haben; das haben ehemalige Stasi-Offiziere und Akten des MfS nach 1990 bestätigt. Wer der andere Abweichler war, ist dagegen nie geklärt worden. Die Bundesanwaltschaft vermutete im Jahr 2000, der damalige Parlamentarische Geschäftsführer von CDU/CSU, Leo Wagner, sei der andere gewesen - was Wagner jedoch bestritt. ...<<

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 lautete wie folgt (x101/254): >>... **III.**

Der Vertrag regelt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Seine Beurteilung macht erforderlich, sich mit den Aussagen des Grundgesetzes über den Rechtsstatus Deutschlands auseinander zu setzen:

Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält.

Das Deutsche Reich existiert fort ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert". Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen - auch - die vier Mächte.

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert - Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. ...<<

Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 klar,

daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik tei-
lidentisch ist (x028/169).

Die Bundesrepublik Deutschland ist demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des
Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich weiterhin existiert!

Am 6. Mai 1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt infolge der "Spionageaffäre Guillaume"
zurück.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 30. November
2013 über Willy Brandt (x887/...): >>Nicht nur sein Kniefall polarisierte

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt
... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehr-
ere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozi-
alliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel
durch Annäherung".

Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember
1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ost-
blockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis
hatte.

In beiden Verträgen wurde die Oder-Neiße-Linie faktisch als Westgrenze Polens anerkannt
und auf jegliche Besitzansprüche aus der Vergangenheit verzichtet. 1971 erhielt Willy Brandt
für diese gegen den entschiedenen Widerstand von CDU und CSU durchgesetzte Politik den
Friedensnobelpreis. 1972 folgte der Grundlagenvertrag mit der DDR. Darin wurde der Allein-
vertretungsanspruch der Bundesrepublik aufgegeben. Am Ende stand zwar nicht die völker-
rechtliche Anerkennung der DDR, wie von dieser angestrebt, sondern die abgestufte staats-
rechtliche Anerkennung, doch mit diesem Schritt galt die DDR letztendlich als souverän.

Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Ver-
handlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 ver-
suchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei
fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU
waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.

Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brach-
te beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlich-
keit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol
und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Ger-
üchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete,
welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas länge-
ren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten
gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veran-
laßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.

Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen
seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume
war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch
genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten
war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.

Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter
politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis
1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebser-
krankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<

Radio Prag" dementierte am 5. August 1974 angebliche Nachkriegsverbrechen an Deutschen
(x025/71): >>... Man braucht nicht viel Phantasie, um zur Erkenntnis zu kommen, daß die

rund um die sog. "Dokumentation" entfesselte Kampagne über an Deutschen begangene Verbrechen eine schamlose Geschichtsfälschung bedeutet.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1975: >>2,3 Milliarden - Polen läßt Deutschstämmige raus

Verträge mit Polen: Kredit der Bundesrepublik von 1 Milliarde Mark und 1,3 Milliarden Pauschale für in ehemals deutschen Gebieten Lebende mit Ansprüchen an die deutsche Rentenversicherung. Dafür sollen weitere 125.000 Deutschstämmige in die Bundesrepublik ausreisen dürfen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das deutsch-polnische Rentenabkommen (x268/215): >>Polen kassierte aufgrund des Rentenabkommens vom 9. Oktober 1975 1,3 Milliarden DM und zugleich einen "Jumbo-Kredit" von über einer Milliarde, der später weitgehend erlassen wurde. Weitere Milliardenkredite folgten nach 1990, und der Erlaß ist auch hier wohl nur eine Frage der Zeit. ...<<

Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.

Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschuß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<

Der CDU-Abgeordnete und spätere Bundespräsident Karl Carstens kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Juni 1978 über das Buch "Kudenow oder An fremden Wassern weinen" des deutschen Journalisten und Schriftstellers Arno Surminski: >>Chronik aus dem Stall

Sibirisch kalt war der Winter 1946, als Kurtchen Marenke, vom selben Jahrgang 34 wie sein Autor, nach langer Wanderung im holsteinischen Kaff Kudenow Mutter und Schwester wiederfand. Nun haust und hungert er mit ihnen im Hühnerstall des reichen Bauern Fiete Kock, gleich neben der Scheune, wo die vielen anderen "Beutegermanen" kampieren -- Flüchtlingslos nach dem großen Krieg, als "im Osten die Dämme brachen, und die riesige Menschenflut hereinquoll ins "Land zwischen den Meeren".

Der in Hamburg lebende Wirtschaftsjournalist Arno Surminski, der vor vier Jahren in seinem autobiographischen Erstlingsroman "Jokehnen" eine ostpreußisch-ländliche Kindheit der Hitler-Ära bis zum Schreckensfinale beschrieb - Untertitel: "Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?", kann sich auch dieser endlosen Null-Stunde gut noch erinnern: der Notaufnahmelager, Bahnhofsmmissionen und Züge voll verdreckter Gestalten, der Schleichpfade über die Zonengrenze, der Schieber, Schwarzhändler und Kartoffelfechter, der Zigarettenwähnung und der 1.300 Kalorien pro Tag.

In den Dörfern verfluchten die Einheimischen, wohlgenährt von Wurst und Speck, die Millionen fremder Hungerleider, diese verlauste "Mischung aus Polen und Deutschen mit asiatischem Einschlag", die ihren Frieden störte: "Geht doch hin, wo ihr hergekommen seid!"

Und während viele Mutter Marenkes der masurischen Heimat nachtrauerten und dem Mann,

den die Russen vor ihren Augen erschossen, und dem älteren Sohn, der auch nicht mehr zurückkam, besang Rudi Schuricke im Radio die "Capri-Fischer".

Hiobs-Tage, aber Kurtchen nimmt sie nicht allzu tragisch. Er klaut den harten Dörflern Äpfel und Eier, steckt ihnen auch mal ungestraft eine Scheuer in Brand. Am liebsten hockt er zwischen Spinnweben im Halbdunkel des Stallboden-Verstecks, träumt von der handlichen Maschinenpistole des jungen Pjotr aus Nowgorod und spielt mit der Kollektion von Kriegsorden, inklusive Ritterkreuz, die er auf seinen Irrfahrten erbeutet hat. Und ganz allmählich wächst er dabei satteren, besseren, normalen Zeiten entgegen: der Währungsreform, ... dem Honigmond der Bundesrepublik.

Surminski ist gewiß kein Autor von hochliterarischen Finessen. Unbefangen und ohne Pathos. in einfachen Sätzen und schlichter Psychologie entsinnt er sich des Kurtchens, das er selbst wohl einmal war.

Doch das Garn ist solide. Seine holsteinische Flüchtlings-Pastorale voller Lindenblüten-Duft und Kuhstall-Dunst, mittlerweile auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, liefert, für jeden halbwegs beteiligten Zeitgenossen deutlich erkennbar, die ziemlich exakte Chronik der noch einmal Davongekommenen.<<

Der deutsche Historiker Manfred Kittel berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "neue Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren" (x879/37-50): >>Die Schlesier und die Ostpreußen würden "zunehmend aus der deutschen Geschichte exkommuniziert"; zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe "im deutschen Geschichtsbewußtsein gar kein Verhältnis mehr".

Mit diesen Worten zog der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Hupka, 1982 gleichsam eine erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit. Ähnliche Verdrängungsbefunde haben aber keineswegs nur konservative Politiker erstellt, sondern auch Wissenschaftler unterschiedlichster Prägung.

Der angesehene Historiker Alfred Heuß etwa äußerte sich noch drastischer über die Bewußtseinslücke der Bundesdeutschen in bezug auf den historischen deutschen Osten. Kaum jemand sei sich doch der Folgen der Vertreibung bewußt, eines Phänomens, "das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung Phylozyd" belegen müßte: Stammesmord. Denn es gebe seitdem "keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche mehr" und ihre Sprachen "haben aufgehört zu existieren".

Auch SPD-nahe Historiker haben zumindest davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren "immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden" sei. Aber kann man das wirklich so sagen? ...

Was mindestens bis 1965 zu der von allen Parteien gemeinsam getragenen politischen Kultur gehört hatte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht als Verrat zu brandmarken, eben diese Position galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, politisch inkorrekt, ja rechtsradikal.

Kann man den Opfern der Vertreibung und ihren demokratisch legitimierten Sprechern tatsächlich einen Strick daraus drehen, so frage ich mich, daß sie nicht in der Lage waren, in demselben Tempo entspannungspolitisch umzudenken wie der übrige, größere Teil der bundesdeutschen Gesellschaft, dem das Schicksal des Heimatverlustes erspart geblieben war?

Daß die sozialliberale Regierung den renitenten Landsmannschaften den Geldhahn zudrehte, das mochte machtpolitisch nachvollziehbar sein - erinnerungskulturell produktiv aber war das alles nicht. Ganz im Gegenteil: Viele, viele Zeitgenossen, nicht nur im sozialliberalen Milieu, meinten nun, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie ... "die Geschichte Ostdeutschlands leugneten", Breslau nur noch Wroclaw nannten, Patenschaften für Landsmannschaften aufkündigten bzw. einschlafen ließen oder bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen politische Konzessionen zu Lasten historischer Fakten machten.

Wie stark dieser Zeitgeist war, erhellt vielleicht am besten daraus, daß selbst die Jugendorganisation der Vertriebenen, die Deutsche Jugend des Ostens, sich 1974 veranlaßt sah, einen neuen Namen zu erfinden. Künftig firmierte sie als "Deutsche Jugend in Europa", um die "neuen Perspektiven" der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken.

Für den Fortgang der Erinnerungskultur war es entscheidend, daß Vertriebenenpolitiker nicht nur an den deutschen Rechtspositionen prinzipiell festhielten, an den Grenzen von 1937; dazu war man als verfassungstreuer Bürger bis 1990 - infolge der Karlsruher Urteile zu den Ostverträgen - ohnehin verpflichtet. ...

Vor allem aber eine Entscheidung der Bundesregierung hatte negative erinnerungskulturelle Signalwirkung: Ich meine den Beschluß von 1974, die vom Bundesarchiv fertiggestellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen - letztlich auch dieses mit Rücksicht auf den aktuellen Entspannungskurs Richtung Sowjetblock. ...

Ende 1958 erfolgte die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen; dann wurde infolge der Hakenkreuzschmierereien zu Weihnachten 1959 die historisch-politische Pädagogik massiv verstärkt; und bald darauf kam es zu den großen NS-Prozessen gegen Eichmann in Jerusalem und gegen die Auschwitz-Mörder - ab 1963 - in Frankfurt. Je stärker damit das Dritte Reich und seine Verbrechen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr nahm man den ostdeutschen Exodus von 1945 nur noch ganz ausschließlich als zwingendes Ergebnis dieser deutschen Katastrophe wahr - und insofern als eine Art Belanglosigkeit. ...

Und waren nicht die Ostdeutschen ohnehin die größten Nazis gewesen und besonderen Mitgefühls nicht würdig? Eine Überinterpretation? Wohl kaum. Man sehe sich nur einmal alte Spielfilme an: "Am grünen Strand der Spree" etwa, die Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz, in der 1960 wieder einmal ein Ostdeutscher, der Ex-Unteroffizier Jaletzki, als übelste Figur des Stückes erhalten mußte. Und dieses übrigens, obwohl die Ostdeutschen in der NS-Führung tatsächlich eher unterrepräsentiert gewesen waren. ...

Daß Vertreibungsverbrechen und NS-Verbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, hatte manchmal aber auch erinnerungskulturell durchaus produktive Folgen; etwa als die Reaktion auf den Holocaust-Film 1979 endlich einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens auch im Massenmedium Fernsehen auslöste.

Während bis dahin zum schrecklichen Geschehen des Judenmordes bereits an die 100 TV-Sendungen ausgestrahlt worden waren, hatte die Vertreibungsverbrechen noch kaum ein Fernsehfilm eigens thematisiert.

Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es dazu in einem Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, "weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten" im deutschen Film kein "irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat". Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, so weiter, wenn "ein ähnliches Schicksal ... Frankreich, Italien oder England getroffen" hätte.

Aufschlußreich ist es auch, einmal den Stellenwert zu vergleichen, den die Fragen der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität wie im öffentlichen Diskurs der 60er und 70er Jahre eingenommen haben. Nationalsozialistische Verbrechen waren seit 1949, und seit 1958 entschlossener denn je, in zehntausenden Ermittlungsverfahren verfolgt worden.

Wir wissen, daß es dabei zu einer Reihe höchst problematischer Unterlassungen kam - im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten: In den von der Öffentlichkeit meist vielbeachteten Prozessen haben Staatsanwälte und Richter einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen

Aufklärung über das Dritte Reich geleistet.

Die Vertreibungsverbrechen dagegen sind in aller Regel nicht nur nicht gerichtlich verfolgt worden; verstörender noch wirkt ein anderer Befund: Daß die praktische Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Staaten lebenden Täter habhaft zu werden, in der Bundesrepublik nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten ausgelöst hat.

Mitte der 60er Jahre, es war einmal mehr eine heftige Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen im Gang, unternahmen einige Landsmannschaften entsprechende Vorstöße: Sie regten an, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie 1961 in Salzgitter für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Schandtaten des DDR-Regimes eingerichtet worden war.

Allein, dieser Vorstoß blieb ohne Widerhall. Wie Rufer in der Wüste wirkten Vertriebenen-sprecher, wenn sie immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, "den an Millionen Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso" rechtsstaatlich nachzugehen, wie sie "jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden".

Auf die monierte Schieflage warf das Verschwinden von Akten über polnische Vertreibungstäter 1975 ein bezeichnendes Schlaglicht. Einräumen mußte diesen Skandal der Oberstaatsanwalt am Landgericht Hagen auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien.

Der Vertriebenenverband hatte bereits zehn Jahre früher, 1965, Klage gegen sieben Wächter des berüchtigten Lagers Lamsdorf bei Oppeln erhoben, wo nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen waren.

Unter den Tätern befand sich etwa auch Czeslaw Geborski, der nun als Polizeimajor in Katowitz tätig war. 1975 hieß es im Schreiben des bundesdeutschen Oberstaatsanwalts, die Akten seien "bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten"; sie hätten in der Zwischenzeit trotz eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden können. Im September 1979 schließlich wurde die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung verfügt, die Bundesregierung habe davon abgesehen, wegen der Täter "an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten".

Auch wenn man die ungleich größere Dimension der NS-Verbrechen berücksichtigt, wird man sagen müssen: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen, "das größte Vertreibungsgeschehen der Weltgeschichte" - neben dem, freilich anders gelagerten, indisch-pakistanischen Fall, nun auch wieder nicht, als daß dies den enormen Spalt ganz erklären könnte, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe spätestens während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die Vertreibung zu wenig geredet wurde.

Natürlich konnte der Prozeß der Verdrängung in einer offenen Gesellschaft letztlich kein totaler sein, Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften ... pflegten ... das ostdeutsche Kulturerbe. Und doch ist nicht zu übersehen, daß der Verdrängungsimpuls in der Hochzeit sozialliberaler Entspannungspolitik gesellschaftlich zweifelsohne dominiert hat und daß er vieles an Kenntnissen, auch an Interessen über den Osten unter sich begrub, was besser bewahrt worden wäre. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 21. Januar 1980 über das Buch "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas: >>Aggression mit Grausamkeit beantwortet

Dokumente über Kriegsverbrechen an Deutschen im Zweiten Weltkrieg

Eine Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht untersuchte gewissenhaft Meldungen über Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten und Zivilisten. Was nun ein amerikanischer Historiker bei der Auswertung der Originalakten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen und "Grausamkeit im Einzelfall" durch die Alliierten. ...

Leutnant Heinze, Abteilung I c beim Armeeoberkommando 6, erstattete am 1. Juli 1941 um

16 Uhr Feindlagemeldung: "In Skomorochy wurden bestialisch verstümmelte Leichen eines deutschen Majors, eines Oberleutnants, eines Oberfeldwebels und anderer Soldaten gefunden."

Unteroffizier Eduard Sandner gab am 30. Juli 1944 zu Protokoll: "Ich habe am 27. Juli 1944 um 8.20 Uhr folgenden russischen Funkspruch, der im Klartext gesandt war und Teil eines Gesprächs zwischen zwei russischen Offizieren bildete, aufgenommen: "Ich habe einen Gefangenen ..." Die Antwort der vorgesetzten Dienststelle lautete: "Machen Sie mir keine Meldungen über Gefangene. Sie sind alle zu erschießen." ...

Meldungen solcher Art kamen von allen Fronten der deutschen Wehrmacht. Manche, grausam, handelten von ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Nasen, andere, profan, von Diebstahl durch Feindeshand. ...

Empfänger all der Anzeigen, teils beweisbar richtig, teils in der ersten Aufregung oder nach nur flüchtigem Augenschein nicht ganz oder ganz und gar nicht zutreffend abgesetzt, war eine Dienststelle beim Oberkommando der Wehrmacht, die "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts". ...

Die OKW-Dienststelle war gleich nach Kriegsbeginn im September 1939 gebildet worden. Sie sollte "die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen gegen deutsche Wehrmachtangehörige begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht feststellen und zugleich die vom Ausland gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Anschuldigungen aufklären".

226 Aktenbände der bisher weithin unbekannt gebliebenen Behörde hat der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas im Freiburger Bundesarchiv ausgegraben und nach dreijähriger wissenschaftlicher Prüfung zusammen mit dem holländischen Völkerrechtler Walter Rabin in einem Buch beschrieben, das jetzt erschienen ist.

"Die traurige Forschung" betrieb Harvard-Absolvent de Zayas, 32, der mit einer Dissertation über "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" in Göttingen promoviert hat, als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen mit zunächst heftigem Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit der großdeutschen Papiere.

Um nicht noch im nachhinein nationalsozialistischer Propaganda aufzusitzen, prüfte de Zayas "die innere Folgerichtigkeit der Akten" und verglich die darin geschilderten Vorgänge mit einschlägigen Materialien in Bonner, Londoner, amerikanischen und schweizerischen Archiven. Er machte Hunderte von Zeugen ausfindig, darunter rund 150 ehemalige Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichter, die er nach dem Zustandekommen der Dokumente befragte. ...

Am Ende stand für de Zayas fest, "daß die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte justizkonforme Dokumentation betrieben hat", dies erklärbar womöglich schon dadurch, daß der Behördenleiter Johannes Goldsche und sein Vorgesetzter Rudolf Lehmann, Chef der Wehrmachtrechtsabteilung, "alte Richter waren, die ... der NSDAP nicht angehörten und dem Gedankengut des Nationalismus fernstanden".

Andererseits bestätigten die Dokumente die "Tatsache", daß Streitkräfte der Versuchung unterliegen, sich über völkerrechtliche Schranken hinwegzusetzen und die Regeln der Menschlichkeit zu mißachten, wenn erst einmal der Krieg entfesselt ist. So etwas "passierte häufiger, als ich dachte", sah Autor de Zayas ein, und es passierte an allen Fronten, auf beiden Seiten und nicht erst im letzten Weltkrieg. ...

Was de Zayas in den Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle fand, belegt Völkerrechtsverletzungen alliierter Truppen, wie sie an allen Fronten Zivilisten und Soldaten trafen:

- In Polen starben Hunderte von Volksdeutschen, viele waren nach Zeugenaussagen "mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben und Knüppeln zusammengeschlagen" und "bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt" worden.
- In Frankreich exekutierten britische und französische Soldaten deutsche Landser, obschon

sie sich ergeben hatten; Piloten wurden beim Absprung aus ihren getroffenen Maschinen in der Luft beschossen.

- Britische Kriegsmarine schoß nach der Versenkung deutscher Schiffe in der Ägäis auf schwimmende Flüchtlinge, an Leichen deutscher Soldaten auf Kreta stellten Ermittler der Wehrmacht-Untersuchungsstelle Verstümmelungen fest.

- In Rußland wurden deutsche Truppenangehörige erschossen, nachdem sie sich ergeben hatten, Lazarettswestern wurden vergewaltigt und ermordet. ...

Auch in Frankreich wurden deutsche Soldaten, die längst aufgegeben hatten, exekutiert. ...

In den Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle über das Seegefecht vor der norwegischen Hafenstadt Narvik im April 1940 sind völkerrechtswidrige Angriffe durch Engländer auf Schiffbrüchige belegt. ...

Unter Eid bezeugten Soldaten, wie Fallschirmjäger, die im Mai 1941 bei Castelli auf Kreta gelandet waren, verstümmelt wurden ...

Rund 4.000 derartige "Fallkomplexe" sind in den 226 verfügbaren Aktenbänden der Wehrmacht-Untersuchungsstelle enthalten. Nur ein Band davon allerdings behandelt Rechtsverstöße deutscher Truppen und zusammenhängend auch nur einen einzigen solchen Fall -- die britische Anschuldigung nämlich, Soldaten der Wehrmacht hätten im April 1943 in Nordafrika drei wehrlose britische Kriegsgefangene erschossen. Nach einem halben Jahr teilte der Oberbefehlshaber Süd jedoch mit, der Vorfall lasse sich nun "nicht mehr aufklären".

"Einige tausend Berichte" betreffen die Tötung deutscher Kriegsgefangener, vor allem zurückgelassener Verwundeter an der Ostfront. Sie verdeutlichen "in aller Schärfe", schließt de Zayas, "mit welcher Grausamkeit die deutsche Aggression beantwortet wurde" ...

De Zayas will seine Veröffentlichung keineswegs als "Anrechnung gegen Holocaust" verstanden wissen und wendet sich vorsorglich gegen "Beifall von der falschen Seite". Aber: "Wenn das nun mal alles so stimmt, muß man auch darüber reden können."<<

Rudolf Mühlfnzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193):

>>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzu beziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

Von 1950 bis 1984 kamen 1,3 Millionen Spätaussiedler aus den östlichen Vertreibungs- und Deportationsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (x024/301).

Herbert Czaja schrieb im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12):

>>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.

... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...

... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht –

für den niemand protestiert." <<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

Die neue Zeitung "Akzent" berichtete im Januar 1986 über eine Gespräch mit dem BdV-Präsident Herbert Czaja (x024/316-318): >>... Frage: Kann man heute von "Vertriebenen" überhaupt noch sprechen? Empfinden sich die hier seit 40 Jahren lebenden Ostdeutschen noch als solche?

Czaja: Ja. Das umfassende Unrecht der Massenvertreibung und deren Folgen sind nicht aufgearbeitet, eine friedensvertragliche Regelung über die Gebiete und die personellen Rechte der vertriebenen Deutschen steht aus. Der geistige Vertreibungsdruck gegen die in der angestammten Heimat lebenden Deutschen dauert an. Ebenso der Strom der Aussiedler. ...

Frage: Ist der Verlust Ostdeutschlands nicht eine "gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen", die die Deutschen verdient und darum hinzunehmen haben?

Czaja: Nein, so einen Strafprozeß gibt es im Völkerrecht nicht. Die Deutschen und andere Völker tragen die Verantwortung für falsche Regierungsentscheidungen und deren Aufarbeitung. Dafür kann man aber nicht als "Strafe" ein Sonderopfer nur einem Teil des Volkes aufbürden.

Oft könnte man diejenigen, die so viel nach gerechter Aufarbeitung auf Kosten anderer rufen, bitten, selbst zu prüfen, ob sie nicht Anlaß haben, dafür einen größeren persönlichen Beitrag selbst zu leisten. Wenn die Deutschen acht Jahrhunderte der Mitgestaltung ihrer Heimatgemeinden ersatzlos preisgeben, schaden sie auch den Nachbarn; es wäre ein Versagen der Deutschen, nicht eine "Strafe". ...<<

Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich schrieb im Jahre 1986 über die öffentliche Diffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>... Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.

Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<

Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärte im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>... Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<

Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärte am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>... Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

Der ehemalige deutsche Generalbundesanwalt Ludwig Martin schrieb im November 1987 im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu

einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.

Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...

Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.

Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.

Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...

1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.

Bei der Verbrechenhäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" und um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...

Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...

Eine schonungslose Offenlegung finsterner Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.

Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugedachten Büßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine

Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...

In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.

Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum ... ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer re-

gelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Mai 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 - 1988 (x853/...): >>**Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen**

Zwischen Staatsräson und Evangelium

Dieses in vielfacher Hinsicht außerordentlich bedeutsame Buch (*Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M. 1988*) des Moraltheologen Prof. Franz Scholz (79), Priester der Erzdiözese Breslau, habe ich mit hoher Spannung und seltener Anteilnahme in drei bis vier Nächten gelesen. Die Wirkung war wie eine Befreiung aus dem Bann eines bedrückenden Nichtwissens, eines quälenden Nichtverstehens, dem unbefriedigten Verlangen nach Wahrheit und Rechtlichkeit.

Ohne Zögern nenne ich diese mit großer sachlicher Kenntnis, persönlich-christlichem Engagement und ethischem Ernst geschriebene Arbeit eine höchst dringliche Tabu-Auflösung. Nämlich die unter dem Schleier von Geheimhaltung, Entstellung und Verharmlosung der Wirklichkeiten bisher erschwerte Erhellung der "Tatsachen, Hintergründe, Anfragen" im Zusammenhang mit der Vertreibung von 10 bis 12 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat - im Hinblick auf die umstrittenen kirchenpolitischen Aktivitäten des damaligen polnischen Primas Kardinal Hlond.

1. Zunächst einige Informationen über dies Buch und seinen Verfasser. Franz Scholz ist schon bekannt geworden durch sein in bisher drei Auflagen erschienenen Buch "Wächter, wie tief ist die Nacht? Görlitzer Tagebuch 1946", Eltville 1986. Der damalige Görlitzer Pfarrer schildert die erschütternden Vorkommnisse jener Zeit mit der Dichte des Betroffenen.

Seine Kenntnis der polnischen Sprache, Verhältnisse, Mentalität, Geschichte, seine auch freundschaftlichen Beziehungen zu nicht wenigen Polen, seine priesterlichen Erfahrungen, seine Zeitzeugenschaft in den entscheidenden Monaten 1945 gaben seltene Voraussetzungen, um mit besonderer Kompetenz die extraordinären Vorgänge zu erhellen. Eigene Forschungen, genaue Literatur- und Quellenkenntnisse (auch der polnischen) kommen hinzu.

Die 165 Textseiten bieten deshalb komprimiert dramatische Geschichte und – darin sehe ich den besonderen Vorzug - ethisch-christliche Reflexion darüber. Mit welcher Sorgfalt gearbeitet und belegt wird, zeigen die 282 Anmerkungen (auf die Kapitel in 31 Seiten verteilt), die z.T. erstmalig publizierte Informationen enthalten.

Auf neun Seiten findet sich ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Hinzu kommt eine Zeittafel "Leben und Wirken des Kardinal Hlond" sowie ein Namensregister. Der durch sieben Exkurse (z.B. Die polnischen Ostgebiete; Der Mißbrauch von Predigt und Gottesdienst für nationalistische Ausschreitungen; Warum wurde das Tischtuch radikal zerschnitten?) durchsetzte Text ist in fünf Abschnitte gegliedert.

Unter I: "Die militärisch-politischen Voraussetzungen für die Polonisierung der ostdeutschen katholischen Kirche durch Kardinal Hlond". II: "Die kirchliche Amtsgewalt in Ostdeutschland kommt in polnische Hände." Für uns am eindringlichsten - erscheinen die Abschnitte III: "Die Vollmachten des polnischen Primas" und IV: "Reaktionen auf das Vorgehen Kardinal Hlonds". Die ethische Durchleuchtung dieser Tragödie, von der polnischen Kirche als Sieg und Wiedergewinnung angeblich urpolnischen Landes umjubelt, geschieht dann im Abschnitt

V: "Die Frage nach Unrecht und Schuld beim Rückschlag 1945."

2. Zum erstenmal finden sich die soviel genannten "schicksalhaften Vollmachten für Kardinal Hlond", auf die dieser sich - als angeblichen Willen des HI. Vaters – gegenüber den rechtmäßigen deutschen kirchlichen Amtsinhabern berief, in diesem Buch in deutscher Sprache publiziert.

Sie datieren vom 8.7.1945 als Brief von Monsignore Domenico Tardini von der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten. Wie überaus bezeichnend, daß dies Dokument, bislang nie formell und wörtlich veröffentlicht, gerade von denen so lange unpubliziert blieb, die sich unablässig zur Legitimierung ihres fragwürdigen Vorgehens darauf beriefen! Scholz hat es mit Hilfe polnischer Freunde im italienischen Urtext in die Hand bekommen. Prof. Puza (Tübingen) hat es ins Deutsche übersetzt.

Was geben nun diese Vollmachten her? Keinesfalls das von Kardinal Hlond behauptete Recht, "die kanonisch bestehende Territorialorganisation eines Landes zu unterminieren." Die Vollmachten, deutlich von den vom Kardinal erbetenen unterschieden, bezogen sich 'in tutto il territorio polacco'. "Am 8. Juli 1945, als das Reskript ausgefertigt worden ist, kann damit nur Altpolen ohne Einbeziehung des Oder-Neiße-Gebietes gemeint gewesen sein." (S. 99)

"Obwohl die Verdrängung der deutschen Ordinarien wie die Einsetzung diözesanfremder Priester als ‚Apostolische‘ Administratoren gegen den Willen des Papstes erfolgt sind, sehen Dr. Kominek und die polnische Hierarchie keine Probleme. Die Ursprungslinie für die neue polnische Wirklichkeit klingt an: ‚Apostolische‘ Administratoren, Kardinal Hlond, der Papst und dahinter Gott selbst, der die ‚uralten polnischen Gebiete‘ durch seinen Stellvertreter wieder an Polen zurückgebracht hat." (S. 103)

3. Es mag als das besonders Aufklärende dieses im tiefen Sinne packenden Buches gelten, daß der hier berührte "polnische Messianismus", ein heißes Eisen, in seiner Vorgeschichte, Eigenart und Wirkung dargestellt wird. Dabei ist der leitende ethische Gesichtspunkt der allein weiterführende.

"Diese Ursprungslinie schneidet schnell alle möglichen Gewissensregungen ab: Gott hätte eben dahintergestanden und die polnische Hierarchie sei - von Rom gleichsam angestoßen - nur dem von Gott kommenden 'Ruf der Stunde' ‚gehorsam‘ gewesen. Dabei könne dann auch kein Unrecht geschehen sein.

In dieser Überzeugung ist das polnische Kirchenvolk belehrt worden." (S. 103) Daß auf diese Weise die Millionen Umgekommener, Vertriebener, Geschändeter, Gedeimtigter einfach verdrängt und unterschlagen werden, ist eine Tragödie kirchlichen Handelns, an der die polnische Kirche leiden müssen, solange sie nicht zu Klarheit, Wahrheit und Einsicht in begangenes Unrecht - wie nun schon unsererseits seit Jahrzehnten und chronisch - bereit ist.

Welche Qualität könnte politische und innerkirchliche Versöhnung haben, die um den Preis der Verheimlichung, Faktenunterschlagung (man denke an die Tausende ermordeter Deutsche alleine im fürchterlichen polnischen KZ Lamsdorf und in vielen anderen), chauvinistischer Geschichtsklitterung und Amtsanmaßung zustande kam?

Das Buch von Scholz, der zum Schluß die wenigen "Pioniere" auf den echten Wegen der Versöhnung nicht verschweigt, hält der Vermischung von Religion und Staatsräson, wie sie dem polnischen Katholizismus eignet, den Anspruch natürlicher Ethik (die "Goldene Regel", Recht und seelsorgliche Zuwendung zu allen Menschen) sowie das Evangelium, das Glaubensbrüder mit Verweigerung elementarer Rechte und Verfolgung zu behandeln ausschließt, entgegen.

Auch wir sind gehalten, in demütiger Betroffenheit Verletzungen zu heilen, Nationalismus zu übersteigen, aber auch Naivität und geschichtliche Ignoranz zu überwinden, wenn nach dem Fürchterlichen der Segen des gelebten Evangeliums uns zuteil werden soll. Dies Buch könnte Katharsis bewirken.<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Hellmut Diwald (1924-1993) berichtete im Juni 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 (x853/...): >>>Laudatio für Alfred Schickel

Träger des Kulturpreises für Wissenschaft

gehalten am 12. Mai 1989 in Stuttgart

Geschichtsforschung ist ein interessantes, anstrengendes, mitunter sogar aufregendes oder auch amüsanter Geschäft. Selbst in unseren Tagen hängt dieser Tätigkeit noch ein wenig von dem Ruch an, daß sie am erfolgreichsten in den vom Tagesgewirr abgeschiedenen Elfenbeintürmen betrieben wird. Denn zu den auszeichnenden Tugenden des Geschichtsforschers gehört nicht zuletzt die Selbstvergessenheit, die Fähigkeit, in der Sache aufzugehen und sich um nichts anderes zu kümmern als um die Dinge, "die vergangen sind".

Das alles gilt kaum für den jüngsten Zweig am Baum der historischen Disziplinen, für die Zeitgeschichtsforschung. Wer die Zeitgeschichte erforscht, trägt seine Haut zu Markte. Urplötzlich werden von dem vermeintlich selbstvergessen arbeitenden Historiker Eigenschaften verlangt, die man eher bei den Angehörigen waghalsiger Berufe voraussetzt, etwa bei Seiltänzern, Stierkämpfern oder dem Begleitschutz für Geldtransporte.

Zeitgeschichtsforschung in korrekt wissenschaftlichem Sinn verlangt bei uns Mut, Unbeirrbarkeit, kategorische Wahrheitsliebe und die Entschlossenheit, sich durch keine Forderungen des politisch Zutunlichen korrumpieren zu lassen.

Diese Vorbemerkungen sind unerläßlich, wenn man versucht, das wissenschaftliche Werk von Dr. Alfred Schickel angemessen zu würdigen. Dies um so mehr, als dergleichen dem am 18. Juni 1933 in Aussig an der Elbe Geborenen nicht an der Wiege gesungen wurde. Die ersten Etappen des Schulbesuchs fielen noch in die Zeit vor 1945.

Dann wurde seine Familie ins Innere der Tschechoslowakei deportiert und im Jahr darauf nach Bayern vertrieben; Alfred Schickel setzte den Schulbesuch im Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald fort und beendete ihn 1954 mit dem Abitur. Danach studierte er sechs Jahre Geschichte und Philosophie in München, wurde 1960 Studienpräfekt am Studienseminar St. Canisius in Ingolstadt und promovierte 1966 extern bei dem international hochangesehenen Münchener Althistoriker Prof. Siegfried Lauffer mit einer Arbeit über römische Rechtsgeschichte.

1974 wurde ihm die Leitung des Katholischen Stadtbildungswerkes Ingolstadt übertragen. Dr. Schickel, der die Möglichkeit einer Habilitation mit anschließender Universitätslaufbahn bewußt ausschlug, lehrt und unterrichtet bis heute in der traditionsgesättigten, inzwischen zu einem markanten Industriezentrum ausgebauten Stadt an der Donau.

Das wissenschaftliche Werk Dr. Schickels entwickelte sich vergleichsweise ungewollt aus seiner lehrenden Aktivität, aus seinen regelmäßig veranstalteten Vortragsreihen im Katholischen Bildungswerk und den Erträgen zahlreicher Diskussionen.

Bemerkenswert ist dabei die Konsequenz, mit der sich sein Forscherinteresse zunehmend auf Probleme der Zwischenkriegszeit und die Klärung strittiger Fragen der Nachkriegszeit konzentrierte. Jedoch geradezu als spektakulär muß man bezeichnen, daß sich Dr. Schickel seinen Weg durch das dornige Feld der Zeitgeschichte nicht mit Hilfe der Scheuklappen suchte, welche die offiziöse und politisch opportune Zeitgeschichtsforschung ebenso beflissen wie kostenlos jedem frei Haus liefert, der auf diesem Gebiet tätig wird.

Dadurch aber richtete Dr. Schickel in unseren Tagen so etwas wie ein Mahnmal für jene Art von Geschichtsforschung auf, die dereinst, im neunzehnten Jahrhundert, die Grundlagen der modernen Historiographie legte und deren Arbeit *unter dem Imperativ* stand: "*Wahrheit, nichts als die Wahrheit!*"

In Hunderten von Vorträgen, Aufsätzen, Fernsehbeiträgen, Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, vor allem aber auch in zahlreichen Buchveröffentlichungen befaßte sich Dr. Schickel mit

strittigen, ja mit den strittigsten Komplexen der zeitgeschichtlichen Forschung. Unversehens erwuchs daraus die selbständige Sparte einer Disziplin, die sich vollständig frei gehalten hat von politischen Optionen.

Die erstaunlich souveräne Gelassenheit, mit der Dr. Schickel auch die delikatesten Probleme behandelte, ließen sein wissenschaftliches Werk zu einer Verkörperung des alten Prinzips werden, daß man "ruhig in der Rede, aber hart in der Sache" zu bleiben habe. Dies bestimmt auch seine persönliche Haltung bei den zahlreichen Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, und deren Hektik sich in einem umgekehrten Verhältnis zur Sachkenntnis befand.

Dr. Schickel - Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, u.a. der "Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste" - war einer der ersten Wissenschaftler der Bundesrepublik, der intensive Studien in den Archiven der USA betrieb, er war auch der erste bundesdeutsche Wissenschaftler, der von den "American Jewish Archives" in Cincinnati (den größten jüdischen Archiven außerhalb Israels) zu einem Vortrag eingeladen wurde. Seine Aktivitäten erhielten 1981 durch die Gründung der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) eine institutionelle Form.

Die ZFI besitzt inzwischen weithin internationales Renommee und ist auf dem besten Weg, sich zu der maßgeblichen Instanz der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung zu entwickeln. So unersetzlich auch die Unterstützung seiner zahlreichen Mitarbeiter ist: die ZFI steht und fällt mit Dr. Schickel - mit seinem stupenden Wissen, seiner Arbeitskraft, seiner organisatorischen Begabung, und schließlich seiner Fähigkeit, die Ergebnisse seines Engagements zu publizieren.

Eigens muß aber auch etwas Privates erwähnt werden. Dr. Alfred Schickel ist seit 20 Jahren verheiratet, die Familie hat drei Kinder (die 16jährige Annemarie ist ein Junggenie des Geigenspiels, schon mehrfach mit höchsten Preisen geehrt, eine der größten Hoffnungen unseres Musiklebens):

Ohne die entsagungsvolle Unterstützung durch seine Frau Maria hätte Dr. Schickel nicht ein Bruchteil dessen leisten können, was bis heute vorliegt, und wären ihm nicht bereits zahlreiche Preise zuteil geworden. Als jüngster kommt nunmehr der "Kulturpreis für Wissenschaft" hinzu, mit dem nicht nur das wissenschaftliche Werk eines bedeutenden Landsmannes, sondern auch eines Forschers von internationalem Rang ausgezeichnet wird. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Juli 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 - 1989 (x853/...): >>**Schmähere auf Dr. Schickel** (Vorgetragen in Ingolstadt am 28. April 1989 als Einleitung der Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt)

Liebe Freunde der Geschichtswissenschaft,

nachdem unser verehrter Dr. Schickel vor zwei Wochen das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, müßte ich an dieser Stelle eigentlich die traditionelle Laudatio, die Lobrede halten.

Aus gegebenem Anlaß aber habe ich es für passender befunden, eine Schmähere zu halten und die zahlreichen Laster des Geehrten endlich einmal schonungslos zu brandmarken.

Das kleinste seiner Laster ist noch die *ungesunde Lebensweise*. Statt es wie andere machen, über den Weltkrieg fünf Bücher zu lesen und dann ein sechstes zu schreiben, durchstöbert er Tausende von Originalakten und Dokumenten. Ich warne Herrn Schickel: Das viele Lesen ist nicht gut für die Augen! Und dann noch der Aktenstaub in den Archiven, der ist ganz schlecht für die Lunge! Sie müssen nämlich wissen, daß Dr. Schickel einer der wenigen deutschen Historiker ist, der sich z.B. an die riesigen Aktenbestände des Nationalarchivs in Washington heranwagt.

Der Geehrte wird sich sicher erinnern, was ihm bei seinem vorletzten Besuch in den USA der Direktor des National Archives sagte: *Von der bundesdeutschen Historikerprominenz läßt sich hier kaum einer blicken*. Und weil eben so wenige die Originalakten lesen, liegt darauf so

viel Staub. Und je mehr Staub, desto größer die Gefahr für die Lunge. Daher mein wohlge-
meinter Rat für Dr. Schickel:

Schonen Sie Augen und Lungen. Der Mai steht vor der Tür. Genießen Sie die Frühlingssonne
bei einem geruhsamen Spaziergang, gehen Sie ins Fitneß-Studio, wenn's regnet, aber lassen
Sie diese vollkommen sinnlosen Quellenstudien! Es geht auch ganz gut ohne sie, wie zahlrei-
che Bestseller beweisen.

Als nächstes Laster unseres Laureaten wäre seine *Verschwendungssucht* zu nennen. Statt seine
Hypothesen abzuzahlen, wie es sich für einen ordentlichen Familienvater gehört, vergeudet er
sein Geld für Reisen in Europa und Amerika, interviewt Zeitzeugen und kauft ganze Berge
von Dokumenten auf Mikrofilm. Oh, welche Verschwendung!

Betrachten Sie doch beispielsweise die Autoren historischer Dokumentationen im Fernsehen.
Ich denke da momentan an einen gewissen *Ralf Giordano*, weil ich sein Buch "Die zweite
Schuld" vor einiger Zeit gelesen habe. Sein Literaturverzeichnis umfaßt fünf oder sechs Auto-
ren. Aber beim Lesen kamen mir Zweifel, ob der Verfasser auch nur diese wenigen Bücher
gelesen hat, so viele historische Fehler enthält sein opus magnum.

Diese Ungereimtheiten waren natürlich kein Hinderungsgrund für begeisterte Rezensionen im
Spiegel, Stern, Zeit und im öffentlichrechtlichen Fernsehen. - Apropos Fernsehen, dieser Herr
Giordano hat uns bisher schon über 100 TV-Dokumentationen geschenkt. Während Herr
Schickel für einen Vortrag beim Katholischen Bildungswerk vielleicht 150 Mark bekommt,
kassiert Herr Giordano für seine letzte Produktion "Die Bertinis" nach meiner Schätzung min-
destens 150.000,- DM.

Daher mein zweiter Rat für Dr. Schickel: Vergessen Sie schnellstens die Wissenschaft und
Ihren Objektivitätsfimmel, entscheiden Sie sich fürs Fernsehen und für die richtige Ideologie,
und bei unserer nächsten Tagung werden Sie eine goldene Rolex-Uhr vor sich liegen haben
und nicht diese japanische Uhr mit dem billigen Stahlarmband, die ich hier auf Ihrem Tisch
sehe.

Damit sind wir schon fast beim dritten Kritikpunkt: Dr. Schickel hat die *falschen Freunde* und
Verwandten. Er leitet das Katholische Bildungswerk in Ingolstadt; was ist das schon? Er hat
einen Bischof in der Verwandtschaft. Na und? Mit dem eben zitierten Fernsehautor wird er so
nicht mithalten können.

Herr Giordano ist zwar zur Zeit parteilos, aber er war jahrelang KP-Mitglied, er saß wegen
einschlägigen Gewalttätigkeiten im Gefängnis, und das macht eben einen Autor interessant,
das gibt seinen Freunden und Lobrednern das pikante Gefühl der Liberalität und Toleranz;
denn wer will schon ein primitiver Antikommunist, ein hirnloser Kalter Krieger sein?

Gleiches gilt natürlich auch auf anderen Gebieten. Als einen von vielen anderen nenne ich nur
den *Wiener Bildhauer und Alt-Kommunisten Hrdlitschka*, der an Donau und Rhein die Millio-
nenaufträge der linksregierten Kommunen einsammelt. Wie könnte er sich im Geschäft hal-
ten, wenn er nicht ab und zu - wie erst vor wenigen Monaten in einer österreichischen KP-
Zeitung - Stalin als eine "nicht unnötige Erscheinung" bezeichnen würde?

Wenn unser Dr. Schickel also nicht mit politischer Blindheit geschlagen ist, wird er schnell-
stens Mitglied bei einer dezenten kleinen K-Gruppe werden - nicht unbedingt bei der DKP,
das ist gar nicht nötig -, und er wird sich an einigen militanten Aktionen beteiligen, sagen wir
an Kasernenblockaden. Aber bitte wohldosiert, nicht zu viel und nicht zu wenig.

Wenn er dabei das nötige Feingefühl an den Tag legt, ein bißchen über Kollektivschuld medi-
tiert und ein bißchen vor den aggressiven Absichten der NATO und der bevorstehenden
Machtergreifung der Faschisten warnt, wird sein Name bald in den progressiven Medien re-
spektvoll genannt werden, und alle, alle werden sie ihn bewundern; die einen mit dem Augu-
ren-Lächeln der Eingeweihten, die anderen mit dem offenen Mund bürgerlicher Einfalt. Also,
lieber Herr Doktor, worauf warten Sie noch?

Bleibe noch als letzter Vorwurf Dr. Schickels krasse *Unwissenheit*. Dieser Mensch kennt zwar unglaublich viele historische Einzelheiten, aber die wichtigsten Dinge übersieht er. Er lebt z.B. in dem Kinderglauben, daß man hierzulande so einfach vor sich hin forschen und eine nachweisbare Tatsache überall frei aussprechen darf. Wie naiv diese Wissenschaftler doch sind! ...

Sie werden wahrscheinlich einwenden, daß wir doch im 20. Jahrhundert leben und obendrein eine Demokratie haben. Man wird Sie schnell eines besseren belehren. Versuchen Sie, verehrter Dr. Schickel, z.B. den Vortrag, den Sie uns gleich anschließend halten wollen, an einer Universität zu halten, meinetwegen in Berlin. Es werden vermutlich dann die gleichen freundlichen Herren erscheinen, die schon letzte Woche dort regelrechte Pogrome veranstaltet haben. Man wird Ihnen (ich zitiere den Berliner Polizeibericht vom vergangenen Freitag) Messer und Brandsätze, Schlagstöcke und Fahrradketten oder nagelbesetzte Baseball-Schläger zeigen. Ich wette jede Summe, Sie werden der Überzeugungskraft dieser Argumente nicht widerstehen können ...

Bei *Prof. Hillgruber* hat Rudolf Augstein überlegt, ob dessen Schriften nicht Grund genug seien, ihn als Hochschullehrer zu feuern, und im Fall des *Prof. Nolte* mußte der Ketzer zwar nicht persönlich brennen, wohl aber sein Auto.

- Nehmen wir an, die Morde von Katyn wären bis heute ungeklärt, und Dr. Schickel wäre der erste Historiker, der herausfände, daß Stalin und nicht Hitler hinter den Verbrechen steckte. Was würde wohl passieren!?

Vermutlich würde zuerst der Spiegel den "Skandal" anprangern. Eine Woche später wird sich der WDR im Ersten Fernsehen mit den faschistischen Umtrieben in Ingolstadt beschäftigen, und wieder eine Woche später werden die bewußten freundlichen Herren mit ihren Schlagstöcken und Brandsätzen zu einem Höflichkeitsbesuch vorbeikommen.

Und nach fünf Jahren, wenn nicht Gorbatschow inzwischen gestürzt und unser Forscher am Herzinfarkt gestorben ist, wird ihm eine historische Zeitschrift aus Moskau auf den Tisch flattern mit einer Meldung, daß überraschend neue Dokumente über Katyn aufgetaucht seien ... na ja, den Rest der Geschichte können Sie sich selbst zusammenreimen. Wie schrieb doch der Freiheitsdichter Ludwig Börne: O närrische Leute, o komische Welt!

Dabei mein letzter Rat für Dr. Schickel: Nehmen Sie die Welt so, wie sie nun einmal ist, seien Sie flexibel, schreiben Sie, was die Mächtigen hören wollen ... Schreiben Sie, was schon 100 andere vor Ihnen geschrieben haben, *schreiben Sie ideologische Erbauungsliteratur*, und bei Ihren Talenten sind Sie ein gemachter Mann!

Starrsinnig, wie ich Dr. Schickel kenne, wird er sich als unbelehrbar erweisen und blind an seinem Glück vorbeigehen. Vielleicht denkt er an einen Satz aus der Bergpredigt: "Wehe, wenn alle Menschen gut von euch reden; denn ebenso taten ihre Väter den falschen Propheten" (Lukas 6, 26). Und vielleicht hat er damit sogar recht.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**

Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.

Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.

Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler

an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen vom 23. Oktober 1952 ... bis zum 31. Juli 1973 den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt. Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.

- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebelage und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.

Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstgerichtlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.

Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany ...

Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Opatowitz und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".

Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.

So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.

Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind. In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen

Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 2. Oktober 1989 über das Buch "Der geplante Tod" des kanadischen Journalisten James Bacque: >>**Eine lange Nacht der Lügen**

Nach Kriegsende mußten Hunderttausende deutscher Gefangener in US-Lagern sterben
Bestseller in Kanada, aufsehenerregende Neuerscheinung in der Bundesrepublik: In dem Buch "Der geplante Tod" behauptet ein kanadischer Autor, die USA hätten nach Kriegsende Hunderttausenden von deutschen Gefangenen bewußt Hilfe verweigert und damit deren Tod in Kauf genommen. Historiker reagieren skeptisch.

Stundenlang stand er am Zaun des Lagers. Dort draußen lag sein Dorf fast zum Greifen nah, für ihn war es unerreichbar. Eines Morgens wurde der 17jährige Bursche tot am Fuße des Zaunes gefunden - offenbar erschossen beim Versuch, heim zur Mutter zu flüchten. Ein US-Projektil hatte ihm eine Gesichtshälfte weggeschmettert.

Seine deutschen Mitgefangenen mußten am toten Körper vorbeimarschieren. "Mörder, Mörder!" schleuderten sie dem amerikanischen Kommandanten entgegen - was böse Folgen hatte: Drei Tage lang kappte der Offizier die ohnehin schmale Essensration, etliche Menschen starben vor Hunger.

In Rheinberg am Niederrhein lagerten Häftlinge "ohne Obdach tagein, tagaus", berichtete ein Augenzeuge. Das Bild war zum Erbarmen: "Amputierte schlitterten wie Amphibien durch den Matsch, durchnäßt und fröstelnd." Viele überlebten die Tortur nicht.

Um sich gegen die Kälte zu schützen, schmiegtten Männer sich in lange Erdlöcher, die sie mit bloßen Händen gegraben hatten - Bauch an Rücken, Knie an Kniekehle. Manche tranken den eigenen Urin, weil es nichts gab, andere "leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen". Sie wurden krank - und krepitierten.

Hitlers Krieg war längst zu Ende, aber nicht für alle.

"Nie", notierte ein 50jähriger Feldwebel in sein Tagebuch aus grobem Verpackungspapier, habe er "den Siegern eine solche barbarische Art der Kriegsgefangenen-Behandlung zuge-
traut". Wer sich über peinigenden Durst oder peitschenden Regen beschwerte, wurde oben-
drein ausgelacht: "Du hast keine Rechte."

Fast sechs Jahre nach dem Überfall auf Polen, der mit 1,5 Millionen Soldaten begonnen hatte, verharrten rund 10 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft - weltweit verteilt auf mehr als 20 Staaten. Allein in amerikanischem Gewahrsam befanden sich 3,1 Millionen Menschen. Diese Daten sind historisch einigermaßen gesichert, und bislang galten die Amerikaner den meisten Deutschen seit damals als Erlöser. Ein Buch des kanadischen Lektors und Journalisten James Bacque, 60, könnte diese Einschätzung ins Wanken bringen.

In dem amerikanischen "Bestseller", so das US-Nachrichtenmagazin Time, der diesen Monat in deutscher Sprache erscheint, behauptet Bacque aufgrund neuer Archivfunde, die US-Führung habe 1945 in deutschen Camps "furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit" begangen:

- Gefangene bekamen bewußt so wenig zu essen, daß sie sterben mußten, "obschon genügend Lebensmittel" zur Verfügung standen;
- die hygienischen und sanitären Bedingungen waren miserabel und führten schnell zu tödlichen Krankheiten;
- Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz blieb der Zutritt verwehrt, eine internationale Kontrolle fehlte.

Der Autor schätzt, daß in amerikanischen und französischen Lagern, in die Washington Deutsche überstellen ließ, die Zahl der Toten "wahrscheinlich bei mehr als einer Million liegt"; die Behandlung der Verlierer in anderen verbündeten Ländern des Westens wie England und Kanada sei hingegen durchaus human gewesen.

Eine konkrete Ziffer, räumt Bacque ein, werde "immer umstritten sein", weil Akten "vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluss gehalten worden" seien - "bis auf den heutigen Tag". Die Geschichtsschreibung ist bisher, offiziellen amerikanischen Quellen folgend, von lediglich einigen zehntausend Opfern ausgegangen, der Vorwurf systematisch herbeigeführter Hungersnöte ist neu. Bacque will deshalb "nach einer langen Nacht der Lügen" diese "amerikanische Tragödie" aufrollen. ...

"Ein Jammer, daß wir nicht mehr umgebracht haben", notierte General Eisenhower ins Postskriptum eines Briefes an General Marshall. Eisenhower "haßte" die Deutschen, wie er seiner Frau ... schrieb. Bei einem Besuch des britischen Botschafters forderte er, alle Offiziere des deutschen Generalstabes sollten "ausgerottet" werden, auch alle Führer der Nazi-Partei vom Bürgermeister an aufwärts sowie alle Angehörigen der Gestapo.

Je weiter seine Truppen ins Innere des Hitler-Reiches eindringen, desto schroffer wurde Eisenhowers Haltung den Deutschen gegenüber. Bei ihrem Vormarsch über den Rhein hinweg machten die US-Soldaten schaurige Entdeckungen, als sie, so der Passauer Zeitgeschichtler Winfried Becker, "auf die Spuren der letzten Morde der Gestapo und der SS" stießen.

Wo sie es konnten, ließen sie die Leichen exhumieren und neu bestatten - meist wurden die örtlichen Parteigenossen zu diesen Arbeiten herangezogen. Bald schämte sich Eisenhower, daß er "einen deutschen Namen" trug.

"Die Deutschen", sagt der Passauer Becker, hätten folgerichtig "kaum erwarten" können, daß die Entdeckung der "zuletzt begangenen Scheußlichkeiten und die Greuel der Konzentrationslager ohne Rückwirkung auf das Verhalten der Alliierten ihnen gegenüber" blieben.

Und so kam es auch. Am 10. März 1945, gerade war mit Köln einer der wichtigsten Brückenköpfe genommen, regte Eisenhower ... schriftlich die "Schaffung einer neuen Klasse von Gefangenen" an. Immer noch galt Artikel 7 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung, wonach Kriegsgefangene "in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln" seien wie die siegreichen Truppen; eine ähnliche Verordnung enthält auch die Genfer Konvention von 1929.

Eisenhower störte das nicht. Ihm erschien es angesichts der Versorgungsnotlage im Lande "nicht wünschenswert", deutschen "Streitkräften Rationen zuzuteilen, die weit über das für die Zivilbevölkerung verfügbare Maß" hinausreichten; die andere Kategorie Kriegsgefangener wurde entwaffnete Feindkräfte genannt.

Es handelte sich um Soldaten, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht die Menschlichkeit der völkerrechtlichen Vereinbarungen erfahren sollten oder durften ...

Die Briten in der CCS lehnten Eisenhowers Vorschlag ab, der wählte daraufhin den Alleingang. Vor der Öffentlichkeit verbarg Eisenhower sein Vorhaben: Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärte er, die "gesamte Geschichte der Vereinigten Staaten" bestehe "auch darin, einem besiegten Feind gegenüber großmütig zu sein: Wir beachten alle Gesetze der Genfer Konvention".

Als im April und im Mai vor allem am Rhein entlang für Hunderttausende deutscher Soldaten Camps eingerichtet wurden, schaltete sich Eisenhower persönlich ein. Er ordnete an, die Gefangenen dürften weder "Obdach noch irgendeinen anderen Komfort" haben - was er nicht ironisch meinte.

Die Camps, ob in Remagen oder Sinzig, Rheinberg oder Andernach, waren lediglich mit Stacheldraht umzäunte Weiden und Wiesen, feste Unterkünfte gab es nicht. Ursprünglich sollte jeder Gefangene 16 Quadratmeter Platz haben, meist blieben nur 2 oder 3.

Manche Männer standen tage- und nächtelang apathisch in ihren Erdlöchern, unfähig, "um sich krank zu melden noch um zu essen", wie ein US-Leutnant notierte - sofern es überhaupt etwas zu beißen oder zu trinken gab.

Autor Bacque hegt den Verdacht, die Amerikaner hätten "alles für die Gefangenen Notwendig-

ge absichtlich in Mangel gehalten"; darunter mußten vor allem jene Soldaten leiden, denen das Eisenhower-Verdikt den gängigen Kriegsgefangenen-Status einfach wegbezahlte - allein zwischen dem 2. Juni und dem 28. Juli 1945 wurden fast 600.000 Soldaten in den tödlichen Status "entwaffnete Feindkräfte" überführt".

Eisenhowers Truppe hingegen lebte im Überfluß. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkte ein hoher Offizier, "unser Problem bestand darin, alles zu kochen." In den Akten der Quartiermeisterei fand Bacque die Bestätigung für den "gewaltigen Lebensmittelüberschuß" - in den Monaten April bis Juli besaß die Army einen ungenutzten Vorrat, der für 400 Tage gereicht hätte.

Auch Hilfe von außen wurde verwehrt. Das Rote Kreuz lagerte 13 Millionen Lebensmittelpakete, jedes einzelne hätte einen Menschen zwei Wochen lang mit täglich 1.000 Kalorien versorgen können. Das Oberkommando wußte, ausweislich eines Protokolls, spätestens seit dem 13. Juni 1945 von den riesigen Vorräten - sie blieben eingebunkert.

Statt dessen nahm es in Kauf, daß ihm die Gefangenen ... zu Tausenden umkamen. Nach internen Statistiken und Berichten starben bis zu 15 Prozent "eindeutig an Unterernährung und Flüssigkeitsmangel sowie an Erschöpfung". Die anderen erlitten "Krankheiten", schreibt Bacque, "die durch die elenden und schutzlos allen Witterungseinflüssen ausgesetzten Lebensbedingungen verursacht und zweifellos durch Aushungerung verschärft" worden seien.

Von Mai bis Mitte Juni registrierten Ärzte und "4.000-Kalorien-Offiziere" entlang des Rheins eine Sterblichkeitsrate, die 80mal höher lag als normal, eine Zahl, die es "seit dem Mittelalter" nicht gegeben habe. Bacque: "Die medizinische Terminologie selbst reicht nicht mehr ganz aus angesichts dieser Katastrophe."

Seinen Berechnungen zufolge kamen in den amerikanischen Lagern 793.239 Gefangene zu Tode, in französischen rund 167.000. "Sonstige Verluste", hießen sie in der nüchternen Sprache der US-Kriegsstatistiker, Paris sprach von Menschen, die "verloren aus verschiedenen Gründen" seien.

Amerikanische Wissenschaftler haben auf Bacques Buch skeptisch bis abwartend reagiert. "Kein Historiker könnte dieses Buch geschrieben haben", kritisierte der Geschichtswissenschaftler Gabriel Kolko aus Toronto die Bacque-Methode, Daten aus nur bruchstückhaft erhaltenen Statistiken zu Gesamtzahlen hochzurechnen.

Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler begrüßt gleichwohl das Erscheinen des Buches: Bacque solle "veröffentlichen, wo immer er will, und wir können über seine Quellen debattieren". Das Magazin "Time" allerdings warf letzte Woche die Frage auf, ob die deutsche Geschichtswissenschaft zu dieser Debatte genug beitragen könne: Sie habe sich seit dem Kriege "mehr auf die Verfehlungen Deutschlands konzentriert als auf die seiner jetzigen Verbündeten".

Autor Bacque spricht zu Recht von einer politischen Konzession. Den Amerikanern sei "verziehen" worden, "ohne daß sie auch nur angeklagt waren".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**

... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945. Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.

Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch "Der geplante Tod" ... erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.

Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.

Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.

Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß. Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.

Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Entdeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."

Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."

Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß ... entwaffnete Feindkräfte. Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.

Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."

Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Kriegsgefangenen in den Status "entwaffnete Feindkräfte" zu übernehmen.

Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot,

daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte. Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden. "Mindestens zehnmals so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.

Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. ...

Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.

Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.

Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtete im Oktober 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>Die Wunde gegenüber Polen

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.

Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegsziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zuge schlagenen Minderheiten. Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-, Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).

Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.

Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...

Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai 1933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-

deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität bemühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").

2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhange damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse." (O. Reile, a.a.O., S. 117).

Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.

Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen ." (O. Reile, a.a.O., S. 118).

3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.

Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (O. Reile, S. 213).

Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."

Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:

"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmstüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).

Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:

"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis

von alledem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..." (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).

4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt-Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellem:

"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.

Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtspolitik betreiben zu können." (S. 124)

Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspureigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).

5. Kurz: die gängige Rede vom unprovokierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.

Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblöbte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in Wahrheit nicht "für Danzig sterben".

Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104: "Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französische Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".

Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."

6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwecken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...

Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch

1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im August den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."

Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich getäuscht.

Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.

7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:

"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (dolus eventualis), der dem dolus directus gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.

Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Verfolgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.

Am 30. September und 1. Oktober 1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".

Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." -

Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungs-

gebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.

Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechenopfer zu betrachten."

8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklichkeitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.

Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch ein interessiertes dauerndes Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?

"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.

Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph – Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ-Verlag München 60, 1988).

9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns" (Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).

Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß noch 1946 und 1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, vertrieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.

Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT, S. 5).

Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter, 1982, S. 56).

Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat"

beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.

Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entladen und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, ... Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.

Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (O. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)

"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.

10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.

Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschloß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.

Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen. Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).

In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer" und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Symbols zu stellen".

Nun: drei Tage später, am 15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!

11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauschen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes

würde?

Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."

12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpolitik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechtem Gewissen", aber auch vor mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.

Weder Polen-Euphorie noch abschätzige Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.

Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ullrich. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>>Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese

Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:

"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."

Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldanerkenntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todes-schußgrenzen weiter empfohlen wird.

Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldflüge Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.

Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."

Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. ... Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.

Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten. Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus " in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellem: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).

Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus " soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.

In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.

"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebens-

fähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<

Dr. Friedrich Zimmermann, damaliger Bundesminister des Innern, schrieb im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wurde (x010/9-10): >>... Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.

Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... dem Sensationsjournalismus zu leiden.

Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalt-Krieger-Mentalität" verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte. Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.

Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.

Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind, so sind dies damit noch lange keine Revanchisten. Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufene Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.

Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Franz Scholz berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 (x853/...): >>... **Durch Gewalt und Verbrechen geschaffene Fakten als Recht anerkennen?**

Werden vorstaatliche Rechte, sittliche Ordnung, christlicher Rechtschutz bei der Preisgabe Ostdeutschlands mißachtet?

Die unbewiesene Behauptung, die Vereinigung der bisher durch die Berliner Schandmauer und durch die Todesstreifen-Grenze quer durch Deutschland getrennten Teile Deutschlands sei nur um den Preis der völkerrechtlichen Anerkennung der letzten Stalin-Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zu erreichen, läßt bei vielen die geschichtliche Tiefe, die völkerrechtliche Krise sowie die grundgesetzliche Problematik solcher seltsamen "Anerkennung" vergessen.

Ganz zu schweigen von der menschlichen Tragödie von ca. 15 Millionen Menschen, die - enteignet, verachtet, gehaßt, ausgeplündert, von Haus und Hof unmenschlich vertrieben - nun auch noch das Recht auf Heimat aberkannt bekommen sollen. Aus manchen Briefen, die mir im Gefolge von Veröffentlichungen zu diesen Fragen zugehen, spricht abgründige Trauer, manchmal fassungslose Verzweiflung, tiefe Bitterkeit, brennende Sorge. Man reagiert damit auf verbreitete Ignoranz, Leichtfertigkeit, ja Gleichgültigkeit jener Internationalisten, denen die Massen von Asylschwindlern, die sich bequem ins bundesdeutsche Sozialnest fallen lassen "heiliger" sind, als die eigenen Landsleute sowie die Geschieke Ostdeutschlands und die Tragödie seiner deutschen Bewohner.

Hinzu kommt ein wegweisender politischer Erledigungswille, sowie jener schnöde National-Masochismus, der alles, was man Deutschen antat, für recht und billig hält und für immer Buße für die geheimen Untaten einer kleinen Machtclique fordert. ...

Aber auch die deutsche Kirche erkennt nicht die ethische, völkerrechtliche, verfassungsrechtliche, staatspolitische und grundrechtsbezogene Tiefe, Brisanz und menschliche Dramatik der Frage. Die vielen Besuche mit allerlei Nettigkeiten, die Milliardenhilfen von seiten der Deutschen, das Preisgeben eines Drittels von Deutschland - seit 800 Jahren bebaut und blühend gemacht, das alles löst nicht den ethischen Ur-Grund der Frage: dürfen durch brutale Gewalt und die Massenverbrechen der Vertreibung erzwungene, völkerrechtswidrig zustande gekommene Fakten als Recht anerkannt werden?

Was in dieser dunklen Welt denkbar ist: Unter dem Druck einer Macht- und Zwangslage, angesichts des rechtsenthobenen chauvinistischen Durchsetzungswillens Polens und der UdSSR sowie derjenigen auch bei uns, die diese Interessen aus unterschiedlichen Motiven mitvertreten, könnte man unter Protest gegen das Unrecht, die Unrechtsfakten hinnehmen.

Keineswegs aber und nie als Recht anerkennen. Die ohnehin inflationär verschlissene Vokabel "Versöhnung" könnte sonst zum unverbindlichen Zudecken der Tragödie einer Kirche, in der ein katholisches Volk Katholiken und Christen des Nachbarvolkes derart vergeltungsartig und tödlich behandelt, mißbraucht werden.

Sieht man nicht, wie unglaublich und peinlich eine derartige Kirche, ein solches Volk werden, wenn "eines der größten Verbrechen der Geschichte" mit Duldung, Billigung, sophistischer und geschichtsfälschender Scheinlegitimierung, ja sogar mit dem Segen und unter Berufung auf den angeblichen göttlichen Willen von Bischöfen für gutes und hohes Recht erklärt wird?

Wenn hier keine Einsicht in Mitschuld erfolgt, Rechtsbeugung nicht bedauernd zugegeben, auch nicht nur individuell privatisiert wird, dann bleiben alle Gesten, Freundlichkeiten, Hilfen; ja auch Umarmungen, Messen nebst gemeinsamen liturgischen Feiern, Predigten und Papiere nur entwertete Billig- und Falschmünzen statt der mit dem Gewissen, dem Recht und dem Herzen gedeckten "harten" christlichen Währung der Wahrheit und Schuldeinsicht und Wiedergutmachung. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. April 1992 über ungarische Ent-

schädigungen für enteignete Deutsche: >>Ungarn entschädigt Deutsche

... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen. Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/102-103): >>... Nach im Jahr 1996 durchgeführten Meinungsumfragen wußte die Hälfte der Befragten – bei den unter 24-Jährigen sogar 59 Prozent – überhaupt nichts von einer Vertreibung der Deutschen. Eine Hälfte der "wissenden" Befragten sah in der Vertreibung "eine gerechte Strafe", die andere Hälfte hielt sie jedoch für ein "Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte.

Bei Politikern und Publizisten dürfte der Glaube an eine "gerechte Strafe" noch viel weiter verbreitet sein.

Georg W. Strobel vermerkt: Durch die in Polen vier Jahrzehnte praktizierte "außerordentlich geschickte, politisch effiziente, von Teilen der Historiker sowie Publizisten vor allem in populären Darstellungen zweckvoll verfälschende Manipulation von Generationen, deren Wirkung verständlicherweise noch heute anhält", habe in der polnischen Bevölkerung ein tiefgreifender Tabuisierungs- und Verdrängungsprozeß gegriffen.

Andere Staaten dagegen haben die Vertreibung als Verbrechen anerkannt und sich entschuldigt, einige haben sogar eine – mehr oder minder symbolische – Entschädigung bezüglich des enteigneten Vermögens beschlossen.

Vorreiter war Ungarn, wo das Parlament am 7. April 1992 das "Zweite Gesetz über die teilweise Entschädigung von zu Unrecht vom Staat den Staatsbürgern zugefügte Eigentumsschäden" verabschiedete. In diesem Zusammenhang sind noch zu nennen: Rumänien, Kroatien, Estland und Lettland.<<

Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtete am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>... Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<